

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schenker (LINKE)

vom 03. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. November 2022)

zum Thema:

Radweg Kaiser-Friedrich-Straße – Lewishamstraße – Brandenburgische Straße

und **Antwort** vom 14. Nov. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Nov. 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Niklas Schenker (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13802
vom 3. November 2022
über Radweg Kaiser-Friedrich-Straße – Lewishamstraße – Brandenburgische Straße

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Erfolgt im Fall der Kaiser-Friedrich-Str. – Lewishamstraße – Brandenburgische Str. in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Planung und Umsetzung durch die Projekteinheit Radwege?

Antwort zu 1:

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) hat am 22.09.2022 mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (Bezirk) eine Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Einrichtung von Radfahrstreifen im übergeordneten Straßennetz abgeschlossen.

Die Projekteinheit Radverkehr hatte vorab gemeinsam mit dem Bezirk am 24.08.2022 als priorisierte Maßnahme im Zuge der Kaiser-Friedrich-Straße den Abschnitt vom Luisenplatz bis Stuttgarter Platz ausgewählt. Der Projektauftritt soll in der 46. Kalenderwoche erfolgen und im Ergebnis eine Vereinbarung über die Einrichtung von Radfahrstreifen in dem genannten Abschnitt abgeschlossen werden.

Die weiterführenden Strecken über Lewishamstraße und Brandenburgische Straße könnten sich nach Fortschritt als Folgeprojekte anschließen.

Frage 2:

Wenn ja, wer übernimmt die Planung und wer die Umsetzung?

Antwort zu 2:

Nach dem gegenwärtigen Stand wird die Projekteinheit Radwege der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz die Planung sowie straßenverkehrsbehördliche Anordnung und im Anschluss die infraVelo die Umsetzung übernehmen. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass sich bei der genannten Arbeitsaufteilung im Sinne einer effektiven Zielerreichung noch Änderungen ergeben.

Frage 3:

Bis wann ist mit dem Abschluss der Planung und bis wann mit einer baulichen Umsetzung zu rechnen?

Antwort zu 3:

Zur genauen Zeitplanung sind gegenwärtig noch keine verlässlichen Aussagen möglich.

Frage 4:

Welcher Teil der Strecke kann voraussichtlich nicht umgesetzt werden und mit welcher Begründung?

Antwort zu 4:

Siehe Antwort auf Frage 1

Frage 5:

Welche Kosten und Aufgaben übernimmt das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf?

Antwort zu 5:

Der Bezirk gewährleistet eine Mitwirkung eigener Dienstkräfte insbesondere für einen Informationsaustausch. Der Bezirk überträgt einen Teil seiner Aufgaben als Baulastträger voraussichtlich an die infraVelo und trifft in Abstimmung mit der Projekteinheit Radwege die nötigen Maßnahmen in der Zuständigkeit der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde. Nach dem gegenwärtigen Stand hat der Bezirk bei dem Vorhaben keine Kosten zu tragen, die über die eigenen Personalkosten hinausgehen.

Frage 6:

Warum wird die Umsetzung der fehlenden Radinfrastruktur auf der Strecke nur als Markierung eines Radwegs und nicht - wie im BVV-Beschluss DS-Nr. 1394/5 gefordert – als Geschützte Radverkehrsanlage mit baulichen Schutzelementen verfolgt?

Antwort zu 6:

Zur genauen Ausgestaltung einer künftigen Radverkehrsanlage gibt es derweil noch keine Festlegungen, eine Protektion der Maßnahmen der Projekteinheit Radwege wird grundsätzlich angestrebt.

Frage 7:

Wie begründen Senatsverwaltung und Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, dass entgegen des BVV-Beschlusses keine vorangehende temporäre Lösung als Pop-Up-Radweg vorgesehen ist?

Antwort zu 7:

Eine vorangehende temporäre Lösung würde vergleichbare Ressourcen erfordern wie die endgültige Planung und daher keinen zeitlichen Vorteil erzielen.

Berlin, den 14.11.2022

In Vertretung

Dr. Meike Niedbal
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz